

"Eine Welt oder keine Welt! Die Millenniums-Entwicklungsziele und warum deren Erreichung auch in unserem Interesse liegt"

Vortrag¹ bei der Karl Kübel Stiftung am 5. Mai 2011 in Bensheim
(auch unter: www.kkstiftung.de/files/mez-k_bel-stiftung_2011.05.06_website.pdf)

I. EINE Welt

Osama bin Laden, der Hauptdrahtzieher der barbarischen Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA, ist tot. Einen Tag nach seinem Tod begrüßte der UN-Sicherheitsrat am 2. Mai 2011, dass Bin Laden niemals mehr in der Lage sein wird, Terrorakte zu verüben; er rief alle Staaten zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus auf – in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und in der Überzeugung, dass der Terrorismus nicht nur mit militärischen und geheimdienstlichen Mitteln besiegt werden kann.² Es wird zunehmend deutlich, dass sich Weltprobleme, wozu große Wirtschafts- und Finanzkrisen, der Klimawandel wie auch der internationale Terrorismus zählen, nicht mehr regional abgrenzen lassen, sondern die EINE Welt tangieren.

In einem kurz nach den Terroranschlägen verfassten Buchbeitrag schrieb ich, der 11. September zwingt uns zu einer Selbstvergewisserung darüber, was unsere Gesellschaften im Innersten zusammenhält und was der „Westen“ der EINEN Welt schuldig sei. Ich erinnerte daran, dass die Staats- und Regierungschefs der Welt auf dem Millenniumsgipfel im September 2000 versprochen hatten, die Welt im neuen Jahrhundert ein gutes Stück menschlicher und gerechter zu gestalten.³

* Prof. Dr. phil. Uwe Holtz, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, ist auch Senior Fellow am Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung und Lehrbeauftragter für das MBA-Programm „NGO-Management“ der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Von 1974 bis 1994 war er Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (und Entwicklung).

¹ Die folgenden schriftlichen Ausführungen, die als Grundlage für den Vortrag dienten, aber nicht in Gänze vorgetragen werden konnten, greifen besonders zurück auf U. Holtz: Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz, in: APuZ / Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2010, S. 3-8. (www.bpb.de/files/T7TUXN.pdf - 3.5.11). Manches wurde ergänzt und vieles aktualisiert – vom UN-Armutsgipfel in New York im September 2010 über den OECD/DAC-Peer Review der deutschen Entwicklungspolitik, veröffentlicht Anfang November 2011 [OECD (Hg.): DAC Peer Review Germany, Paris 2010 (www.oecd.org/dataoecd/35/23/46287397.pdf - auf Deutsch: www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf)] bis zum Tode Bin Ladens am 1. Mai 2011.

² Vgl. Security Council Presidential Statement: Welcoming End of Osama bin Laden's Ability to Perpetrate Terrorist Acts (SC/10239, UN-Sicherheitsrat, 6526. Sitzung, 2. Mai 2011 - www.un.org/News/Press/docs//2011/sc10239.doc.htm - 3.5.11).

³ U. Holtz: Vorwort zu: Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung, hg. v. Tobias Debiel, Bonn 2002, S. 9-17, 10f.

Der bekannte deutsche Soziologe Ulrich Beck sieht sich durch den Super-GAU im japanischen Fukushima im März 2011 – ein globales Medienereignis – in seiner These von der Weltrisikogesellschaft bestätigt.⁴ Die Utopie von der globalen Lerngesellschaft durchstieß in beispielloser Geschwindigkeit die Mauer zur Realität. Fukushima hat den politischen Lerneffekt der in Berlin Regierenden beschleunigt (so die einen) und die Figur des atomaren Wendehalses erzeugt (so die anderen).

Auch wenn wir trotz voranschreitender Vernetzungen noch davon entfernt sind, eine verfasste Weltgesellschaft zu sein, so spüren wir jedoch auf dem Dreckspritzerchen Erde ein größer werdendes Zusammengehörigkeitsgefühl – einerseits; aber andererseits sind auf unserem Globus unterschiedliche Welten – Lebens-, Einkommens- und Glaubenswelten – wahrnehmbar. Materielle Reichtumsinseln fühlen sich bedroht, wenn sie von Ozeanen der Armut umgeben sind. Die Folgen von Armut und Hunger in Entwicklungsländern⁵ sind bspw. in Form von Migration in anderen Ländern und Kontinenten zu spüren – sie bergen Risiken und Chancen.

Trotz aller Differenzierungen: Das Diktum von der Einen Welt trifft besonders dann zu, wenn wir von den natürlichen Lebensgrundlagen und den klimatischen Veränderungen, dem weltweiten Austausch von Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen sowie dem Drang nach einem menschenwürdigen Leben, nach Sicherheit und Frieden ausgehen.

In Kategorien der EINEN Welt zu denken („global zu denken“), bedeutet, global, regional, national und lokal zu handeln.

Die UN-Millenniumserklärung aus dem Jahre 2000 und die Millenniums-Entwicklungsziele (MEZ) sind wichtige Bausteine eines globalen Gemeinwillens und Ausdruck des EINE-Welt-Denkens.

⁴ Vgl. Ulrich Beck: In Fukushima ist auch der Sicherheitsmythos verglüht, in: Focus 13/2011 (28.3.11), S. 64-66.

⁵ Auf die Problematik der in den UN-Dokumenten benutzten Begriffe (entwickelte Länder, Übergangs- und Entwicklungsländer) kann hier nicht näher eingegangen werden. Es gibt jedoch Gründe dafür, z. B. alle Länder der Welt als „Entwicklungs- oder Übergangsländer“ zu bezeichnen, weil sie sich – etwa hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Ressourcen – auf dem Wege zu einer besseren Entwicklung befinden (sollten). S. dazu auch U. Holtz: Entwicklungspolitisches Glossar, Bonn 2009, in: www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf (3.5.11).

Die UNO spricht von „entwickelten“ Ländern oder Industrieländern und Entwicklungsländern, UN-Organisationen unterscheiden zwischen Ländern mit hohem, mittlerem und niedrigem Einkommen, zwischen stabilen, fragilen und zerfallenen Staaten, zwischen Ländern mit einer (sehr) hohen menschlichen Entwicklung, einer mittleren und niedrigen menschlichen Entwicklung, zwischen Gesellschaften mit einer großen oder geringeren geschlechtspezifischen Ungleichheit. Politisch Denkende und Handelnde sehen Demokratien, autoritäre Regime und Diktaturen mit allen Schattierungen; viele streben nach mehr Freiheit, Partizipation und Verwirklichung der Menschenrechte – wie etwa in Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens.

II. Die Millenniumsziele – ein wichtiger Kompass für eine bessere Welt

Im September des Jahres 2000 versprachen 189 UN-Mitgliedstaaten in der Millenniumserklärung, eine bessere Welt aufzubauen und keine Mühen zur Verwirklichung dieser großen Aufgabe zu scheuen.⁶ Sie bekräftigten ihren „Glauben an die Vereinten Nationen und ihre Charta als unverzichtbare Grundlagen einer friedlicheren, in größerem Wohlstand lebenden, gerechteren Welt.“

Auf der Grundlage der Millenniumserklärung nahm ein Jahr später die UN-Generalversammlung den „Kompass“ (*Roadmap*) für die Umsetzung der Millenniumserklärung mit acht konkreten, quantitativen Millenniumsentwicklungszielen an (*Millennium Development Goals / MDGs*); die meisten Ziele sollen bis 2015 realisiert werden, wobei das Jahr 1990 die Ausgangslage darstellt.⁷

Die acht MDGs/MEZ beziehen sich auf ökonomische und soziale, ökologische und globale Aspekte. Sie lauten: (1) Die Beseitigung von extremer Armut und Hunger, (2) die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulschulbildung, (3) die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen (*empowerment*), (4) die Senkung der Kindersterblichkeit, (5) die Verbesserung der Gesundheit von Müttern, (6) die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, (7) die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.⁸

Diese acht MEZ bilden seitdem einen international anerkannten Rahmen für eine menschenzentrierte Entwicklung, eine humanere Globalisierung und die weltweite Entwicklungspolitik.⁹ Sie benennen wichtige Mindestvoraussetzungen für ein besseres Leben, stellen aber keine umfassende Entwicklungsagenda dar. Die Verständigung auf die acht Millenniumsziele war zweifelsohne ein großer Schritt in Richtung auf einen „globalen Gemeinwillen“ (*volonté*

⁶ Vgl. Millennium Declaration bzw. Millenniumserklärung, in: www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm bzw. www.un.org/Depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf (3.5.11).

⁷ Vgl. UN Generalversammlung: Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen. Bericht des Generalsekretärs, A/56/326, New York 2001, in: www.un.org/depts/german/gsonst/roadmap01.pdf (3.5.11).

⁸ Diese acht Ziele wurden mittlerweile durch insgesamt 21 Zielvorgaben und rd. 60 Indikatoren präzisiert und konkretisiert. Dafür relevant sind neben dem „Kompass“ die Vereinbarungen der UN-Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005 (Resolution A/RES/60/1 der Generalversammlung) und die ab Januar 2008 gültige Liste der Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der MEZ und der Zielvorgaben (<http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Attach/Indicators/OfficialList2008.pdf>) (3.5.11).

⁹ Die MEZ fußen auf der Millenniumserklärung; diese greift wiederum jene Ziele auf, die bereits vom Entwicklungsausschuss der OECD gutgeheißen (s. „Shaping the 21st Century“, Paris, Mai 1996) oder auf internationalen Konferenzen, wie der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, angenommen worden sind.

générale mondiale); er beruht auf der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.¹⁰

Auch wenn es keine allgemein gültige Definition von Entwicklung gibt, so dürfte die Erkenntnis weitgehend akzeptiert sein, dass Entwicklung ein mehrdimensionaler, komplizierter, langwieriger, sozio-ökonomischer Prozess ist, der auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt, Freiheit von Not und Furcht für alle anstrebt, Frieden und Sicherheit garantiert. Spätestens seit Rio 1992 hat sich das theoretische Paradigma von der nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung durchgesetzt, das der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der Einen Welt verpflichtet ist. Entwicklung bedeutet immer, etwas von dem, was an Fähigkeiten und Potenzial jedem Menschen und Volk Eigen ist, zur Entfaltung, zur „Ent-Wicklung“ zu bringen. Insofern kommt der Hilfe von außen vor allem eine Hebammenfunktion zu; sie ist Hilfe zur Selbsthilfe – um eine alte Erkenntnis aufzugreifen, der sich auch die Karl Kübel Stiftung bei der Entwicklungszusammenarbeit verpflichtet weiß.¹¹ Die im Auftrag von UNDP jährlich verfassten *Human Development Reports* sind von der Überzeugung geleitet, dass Entwicklung letztlich einen Prozess darstellt, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert und nicht nur das Volkseinkommen erhöht.¹²

Auf die Entwicklung bzw. den Entwicklungsprozess eines Landes wirken viele interne und externe Akteure und Faktoren ein. Im Vergleich etwa zu den Eigenanstrengungen, zu den positiven internen Rahmenbedingungen (v. a. Eliten, die sich vom Gesamtwohl ihres Landes leiten lassen) oder Hemmfaktoren und den internationalen Handels-, Finanz- und Austauschbedingungen ist die Entwicklungshilfe bzw. die Entwicklungszusammenarbeit oft nur ein

¹⁰ Mit dem Verweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen *aller* Teile der Welt, auf globale Bedürfnisse und Anstrengungen hatte der Brandt-Bericht von 1980 bereits das Konzept von der EINEN Welt anklingen lassen. In der Einleitung zu dem seinen Namen tragenden Bericht der Nord-Süd-Kommission nannte Willy Brandt als wichtigste Themen, die gemeinsame Interessen widerspiegeln: Frieden, Ausgleich und Arbeitsplätze. [Bericht der Nord-Süd-Kommission: Das Überleben sichern, Köln 1980, S. 37 - im englischen Original: peace, justice and jobs].

¹¹ S. www.kkstiftung.de/46-0-Entwicklungszusammenarbeit.html (4.5.11): „Karl Kübel hatte bereits in seiner Zeit als Unternehmer ländliche Entwicklungsprojekte in der so genannten 'Dritten Welt' gefördert. Seit ihrer Gründung setzt sich die Stiftung nach dem Prinzip der 'Hilfe zur Selbsthilfe' für Menschen in benachteiligten Regionen ein.“

¹² Lange wurde Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Aber der Mensch ist nicht nur ein „homo oeconomicus“, sondern auch ein „zoon politikon“ und ein Kulturwesen; er muss sich zu einem „homo oecologicus“ weiterentwickeln. Entwicklung umfasst zumindest folgende Dimensionen: Politik (Demokratie, Menschenrechte und Good Governance), Wirtschaft (Produktivitätssteigerungen, Arbeitsplätze schaffendes und Armut beseitigendes Wirtschaftswachstum, Unternehmen, die ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen), Soziales (soziale Gerechtigkeit, soziale Grunddienste), Umwelt (ökologische Nachhaltigkeit) und Kultur (kulturbewusste Entwicklung, die kulturelle Entfaltung ermöglicht und für den Wandel offen ist). Vgl. auch meine Ausführungen zum Thema „Was heißt Entwicklung?“ in U. Holtz (Hg.): Probleme der Entwicklungspolitik, Bonn 1997, S. 23-27.

Leichtgewicht. Letztere kann nur – bescheidene – Beiträge zur Entwicklung eines Landes leisten; sie ist meist schon vom Volumen her von nachrangiger Bedeutung und ihre Rolle wird häufig überschätzt. Entwicklung braucht „gute“ nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen.

Die MEZ tragen dazu bei, die unterschiedlichen Entwicklungsakteure auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu mobilisieren, und sind Ausdruck einer zwischen den „entwickelten“ und den „Entwicklungsländern“ eingegangenen Verpflichtung, auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Entwicklung und der Realisierung der MEZ förderlich ist. Sie bieten Orientierung für die Entwicklungsländer, die Entwicklungspolitiken der Industrieländer und der EU, für Parlamente, für UN-Organisationen, internationale Entwicklungsbanken, sowie für Nichtregierungsorganisationen, private Akteure und Stiftungen, die Wirtschaft und auch für die Wissenschaft.

In Deutschland haben die Bundesregierung (s. das „Aktionsprogramm 2015“ vom April 2001 der Regierung Schröder mit der Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul), staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen (wie die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit oder die große NRO Deutsche Welthungerhilfe) und zivilgesellschaftliche Kampagnen (so die UN-gestützte Millenniumskampagne Deutschland¹³ oder auch Stiftungen) die MEZ und die Millenniumserklärung als Referenzrahmen anerkannt; sie alle arbeiten und werben für ein größeres Engagement.

III. Bilanz der Umsetzung der Millenniumsziele

Ein gutes Jahrzehnt nach dem UN-Millenniumsgipfel in New York und knapp fünf Jahre vor Ablauf der Frist für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele fällt die kollektive Bilanz gemischt aus: Es gibt Erfolge, Halberfolge und Rückschläge, Licht und Schatten.¹⁴

¹³ Maßgeblich für deren Erfolg verantwortlich ist die Deutschlandbeauftragte der UN-Kampagne, Dr. Renée Ernst. S. auch die Fotogalerien, Videos oder die auch in Bonn aufgestellten Millenniumstore (> www.un-kampagne.de). Leider kann der deutsche Zweig der UN-Millenniumskampagne in seiner bisherigen Form nur bis zum 30. Juni 2011 fortgeführt werden. Das BMZ wird nach sechs Jahren seine finanzielle Unterstützung für die Kampagne einstellen; es war nicht gelungen, eine alternative Finanzierungsquelle für das Kampagnenteam zu finden.

¹⁴ Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass eine Reihe von Daten, die alle mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind, zur Messung der Zielerreichung z. T. nur bis zum Jahre 2007 oder sogar 2005 reicht. Dies gilt auch für die jährlich erscheinenden UN-Fortschrittsberichte, die umfassende Informationen über die Verwirklichung der MEZ in einzelnen Regionen und Ländern bereitstellen; VENRO u. a. (Hg.): „Damit Armut einpacken kann“. Schattenbericht zum deutschen Engagement zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele, Bonn-Berlin 2008; Jens Martens/Tobias Deibel: Das MDG-Projekt in der Krise. Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven, Duisburg 2008; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ

Viele Entwicklungsländer befinden sich auf Abwegen oder bestenfalls auf der Kriechspur zu den Millenniumszieltoren. Auch die Industrieländer haben zu wenig getan.

Im Vorfeld des New Yorker Armuts- bzw. MEZ-Gipfels im September 2010 haben die Vereinten Nationen mit ihrem sog. Fortschrittsbericht¹⁵, die Weltbank und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen in ihren Berichten ebenfalls ein differenziertes Bild der Erfolge und Misserfolge bei der Verwirklichung der MEZ gezeichnet. Im Schlussdokument des New Yorker Gipfels ist von Erfolgen, uneinheitlichen Fortschritten und vielen Herausforderungen die Rede.¹⁶

Am bekanntesten und wohl bedeutendsten ist das erste Millenniumsziel „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“ (**MEZ 1**) mit den drei Zielvorgaben: (a) Halbierung zwischen 1990 und 2015 des Anteils jener Menschen, deren Einkommen weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag beträgt; (b) die Verwirklichung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle; (c) zwischen den Jahren 1990 und 2015 Halbierung des Anteils der Menschen, die Hunger leiden.

Dem UN-Fortschrittsbericht 2010 zufolge hat sich die Zahl der in extremer Armut Lebenden von 1,8 Mrd. im Jahre 1990 auf 1,4 Mrd. in 2005 (davon 70% Frauen) reduziert. Dies klingt nicht sehr erfolgreich, kann sich aber angesichts des Anstiegs der Weltbevölkerung von 5,3 Milliarden auf 6,5 Milliarden in 2005 sehen lassen. Die Armutsquote fiel von 46 auf 27%; die Halbierung der Quote ist in Reichweite.

Die Situation hatte sich besonders in Ostasien bzw. Südostasien¹⁷ verbessert, wo der Anteil der Armen von 60 auf 16 bzw. von 39 auf 19% gefallen ist. Die zahlenmäßig größten Erfolge

(Hg.): Auf dem Weg in die Eine Welt. Weißbuch zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (13. Entwicklungspolitischer Bericht), Berlin 2008; BMZ: Deutschlands Beitrag zu den Millenniumsentwicklungszielen, Bonn-Berlin, März 2009; Franz Nuscheler/Michèle Roth (Hg.): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?, Bonn 2006.

¹⁵ Vereinte Nationen: Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2010, New York 2010 (www.bmz.de/de/publikationen/reihen/sonderpublikationen/Millenniums_Entwicklungsziele_Bericht_2010.pdf - auf Engl. www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202010%20En%20r15%20-low%20res%2020100615%20-.pdf und www.unric.org/html/MDG_Report_2010_Eng.pdf - jeweils 3.5.11).

S. auch BMZ (Hg.): Die Millenniums-Entwicklungsziele. Hintergründe – Zielerreichung – Engagement (BMZ Informationsbroschüre 4-2010), Bonn-Berlin 2010

(www.bmz.de/de/publikationen/themen/internationale_zusammenarbeit/BMZ_Informationsbroschuere_04_2010.pdf - 3.5.11). Vor allem auf diesen beiden Dokumenten, dem UNO-Fortschrittsbericht und der BMZ-Informationsbroschüre, fußen die folgenden, z. T. wörtlich zitierten Bilanzausführungen.

¹⁶ Vgl. das sog. „Outcome Document“ > www.un.org/en/mdg/summit2010/pdf/mdg_outcome_document.pdf (3.5.11).

¹⁷ Der UN-Fortschrittsbericht (s. Anm. 15, S. 75) unterscheidet sieben Regionen bzw. „regionale Gruppen“: Entwickelte Regionen, Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Nordafrika, Subsahara-Afrika, Südostasien, Ozeanien, Ostasien, Südasiens, Westasien, Lateinamerika & Karibik.

konnten dabei in China und Indien, die 37% der Weltbevölkerung und 43% der Menschen in Entwicklungsländern auf sich vereinigen, erzielt werden, obwohl dort immer noch Hunderte von Millionen von Menschen in Armut leben. Von Halberfolgen kann man in Lateinamerika und der Karibik sowie in Nordafrika sprechen.

Unbefriedigend ist die Situation in Westasien und vor allem in Subsahara-Afrika, wo der Anteil von 58 auf lediglich 51% gefallen ist, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung in extremer Armut – überwiegend in ländlichen Gebieten – lebt.

Dass sich die im UN-Fortschrittsbericht verwendeten aggregierten Zahlen auf die Gesamtbewertung der Regionen beziehen und die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region erheblich von den gesamtregionalen Werten abweichen kann, zeigt das Beispiel Uganda, wo das Halbierungsziel in den Bereichen Armut und Hunger bis 2015 wohl erreicht werden kann,¹⁸ oder auch Kap Verde. Dieses westafrikanische Sahelland hat es vor kurzem geschafft, aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder in die Ländergruppe mit mittlerem Einkommen aufzusteigen.¹⁹

Eine Schlüsselaufgabe der Armutsbekämpfung ist es, allen Menschen den Zugang zu menschenwürdiger und angemessen bezahlter Arbeit zu ermöglichen,²⁰ wovon man jedoch in vielen Entwicklungsländern weit entfernt ist. Im weltweiten Durchschnitt bewegt sich der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung zwischen 44% in Westasien und 70% in Ostasien. Immerhin konnten in einer Reihe von Entwicklungsländern viele Arbeitsplätze bei höherer Arbeitsproduktivität – i. d. R. von der Privatwirtschaft – geschaffen werden – vor allem in den Schwellenländern China, Indien und Brasilien. Die höhere Arbeitsproduktivität in eini-

¹⁸ S. dazu BMZ: Deutschlands Beitrag zu den Millenniumsentwicklungszielen, Bonn-Berlin, März 2009, S. 1, und www.mdgmonitor.org/country_progress.cfm?c=UGA&cd= (24.11.10).

¹⁹ Das mit wenigen natürlichen Reichtümern ausgestattete aride Sahelland hat vielen Widrigkeiten getrotzt und ist auf dem Wege, fast alle Millenniumsziele zu erfüllen. Zum Take-off des Landes und seinem Aufstieg in die Klasse der Länder mit mittlerem Einkommen haben v. a. beigetragen: Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln mit verantwortungsbewussten, der allgemeinen Entwicklung verpflichtete Führungspersonlichkeiten und Eliten; die seit der 1990 erfolgte Einführung eines Mehrparteiensystems mit demokratischen, stabilen Verhältnisse; solide Institutionen; eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die Berücksichtigung der ländlichen Entwicklung mit Anstrengungen zur Bekämpfung der Bodenerosion und Wüstenbildung, makroökonomische Stabilität sowie ein andauerndes Wirtschaftswachstum mit hohen Investitionsraten – auch dank des Tourismus; ein friedliches, soziales Klima mit einer toleranten kreolischen Kultur; ein vergleichsweise guter Bildungsstand und ein Informations- und Kommunikationssektor *comme il faut*. Und last but not least: Auf den verschiedenen Inseln Kap Verdes leben rd. 500.000 Menschen, aber 700.000 außer Landes; die Emigranten haben also zur Lösung des Bevölkerungsproblems beigetragen. Ihre Rücküberweisungen kamen und kommen zudem der einheimischen Bevölkerung zugute. Außerdem hat Kap Verde die Entwicklungshilfe klug und effizient genutzt.

Vgl.: Der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank begrüßt den neuen Status von Kap Verde (30.4.10) > www.afdb.org/fr/news-events/article/afdb-president-applauds-cape-verdes-graduation-to-middle-income-country-and-mdg-achievements-despite-hostile-initial-conditions-6655 - 22.11.10)

²⁰ Vgl. International Labour Organization: Guide to the new Millennium Development Goals Employment Indicators, Genf 2009.

gen Ländern Afrikas ist zu einem beträchtlichen Teil auf Aktivitäten im Minen- und Bergwerkssektor zurückzuführen, so z. B. in Angola, Botswana und Nigeria.²¹

Das Platzen der Immobilienblase in den Vereinigten Staaten 2007 und die darauffolgende Lähmung des globalen Finanzsystems führten in eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise, die 2009 die ganze Welt heimsuchte. Durch den Dominoeffekt der Krise wurden Volkswirtschaften lahmgelegt, sanken Unternehmenskapazitäten und wurden Millionen Menschen arbeitslos. Viele Arbeitnehmer wechselten in unsichere Beschäftigungsverhältnisse, und die Erwerbsarmut stieg.

Bei der Hungerbeseitigung konnten seit 1990 – global gesprochen – nur geringe Fortschritte verzeichnet werden. In einzelnen Ländern, wie Brasilien, gab es aber erstaunliche Erfolge im Kampf gegen den Hunger. Der leichte Abwärtstrend wurde durch die hohen Nahrungsmittelpreise und die jüngste globale Wirtschaftskrise gestoppt, zum Teil umgekehrt. Die Zahl der weltweit Hungernden liegt laut der Welternährungsorganisation FAO bei mehr als 900 Millionen Menschen; sie war in 2009 sogar auf über eine Milliarde und damit einen Rekordwert hochgeschneit.²² Beim Hunger-Halbierungsziel sank in Subsahara-Afrika die Quote lediglich von 31 auf 26%. In Südasien (von Afghanistan bis Indien und Bangladesch) stagnierte sie bei 21%. Biosprit und die Landnahmen irritieren viele, die den Hunger beseitigt sehen wollen.

Was **MEZ 2** – die allgemeine Grundschulbildung bis 2015 verwirklichen – betrifft, so werden in allen Regionen Erfolge beim Erreichen des Zieles registriert: Weltweit konnte die Anzahl der Kinder, die keine Schule besuchen, von 106 Millionen (1999) auf 69 Millionen Kinder (2008) reduziert werden. In Afrika südlich der Sahara erhöhte sich die Einschulungsquote von 58 (1999) auf 76% (2008). Dennoch schwindet die Hoffnung, das Ziel bis 2015 zu erreichen.

Gemäß den Zielvorgaben von **MEZ 3** sollte das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigt sein, und zwar vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015. Nach Verstreichen des ersten Zieldatums ist die Geschlechterparität nicht erreicht. Aber immerhin gehen in mehr als zwei Dritteln der Länder inzwischen gleich viele Mädchen wie Jungen in die Grundschule. Dennoch: In einigen Regionen bleibt Bildung – ein Schlüsselfaktor für Entwicklung - für Mädchen Zukunftsmusik.

²¹ Vgl. UN Economic Commission for Africa/African Union/African Development Bank Group: Assessing Progress in Africa toward the MDGs. MDG Report 2009, Addis Ababa-Tunis 2009, S. 6.

²² Vgl. Food and Agriculture Organization: State of Food Insecurity in the World 2009, Rom 2009, S. 11: Im Asien-Pazifik-Raum sind 642 Millionen Menschen unterernährt, in Afrika südlich der Sahara 265 Millionen, in Lateinamerika 53 Millionen, im Nahen Osten und in Nordafrika insgesamt 42 Millionen; in den entwickelten Ländern leiden 15 Millionen Menschen unter Hunger.

Die Stärkung von Macht und Einfluss (*empowerment*) der Frauen steigt allmählich. Der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten kletterte in den Entwicklungsregionen – auch und gerade mit Hilfe von Quotenregelungen – von 11% im Jahre 2000 auf 18% im Jahre 2010 – bei großen regionalen Unterschieden. Während in Lateinamerika und der Karibik 23% aller Parlamentssitze von Frauen eingenommen werden, liegt der Frauenanteil in Nordafrika und Westasien noch unter 10%, in Subsahara-Afrika bei 18%, wobei Rwanda seit 2008 mit 56% den größten Frauenanteil im weltweiten Vergleich aufweist (Deutscher Bundestag = 33%). In einigen Ländern wurden bei den letzten Wahlen keine Frauen ins Parlament gewählt (z. B. Komoren), oder es gab noch nie Parlamentarierinnen (wie in Saudi-Arabien).

MEZ 4: Die Kindersterblichkeit nimmt zwar ab, jedoch nicht rasch genug, um die Vorgabe, bis 2015 die Sterblichkeitsrate um zwei Drittel zu senken, zu erreichen.

Subsahara-Afrika hatte 2008 mit rund 144 Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten die weltweit höchste Kindersterblichkeit. Zum Vergleich: Der Durchschnitt in den entwickelten Ländern lag im selben Jahr bei sechs Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten.

Bei dem Ziel „Verbesserung der Gesundheit von Müttern“ (**MEZ 5**) sind zwar einige positive Trenddaten zu vermelden, aber die Zielvorgabe, zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel zu senken, bleibt ebenfalls außer Reichweite.

Immerhin ist die Zahl minderjähriger Mütter in vielen Ländern leicht gesunken, ebenso wie die Zahl der Geburten pro Frau; damit hat sich die Gefahr, an Geburtskomplikationen zu sterben, leicht vermindert. Aber weniger als die Hälfte der Schwangeren in den Entwicklungsländern – v. a. auf dem Lande – können eine angemessene Schwangerenvorsorge nutzen.

In allen Entwicklungsregionen ist der Zugang zur Empfängnisverhütung gestiegen, dennoch haben 200 Millionen Frauen und Paare weiterhin einen Bedarf an wirksamer Empfängnisverhütung.

Auch bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (**MEZ 6**) gab es gemischte Resultate. Weltweit wurde 1996 mit 3,5 Millionen Neuinfektionen der Höhepunkt bei der Zahl der Neuansteckungen mit HIV erreicht. Seitdem ist die Zahl gesunken - auf zwei Millionen im Jahr 2008. Auch die geschätzte Anzahl der AIDS-Toten sinkt. Dies liegt teilweise an dem verbesserten Zugang zu antiretroviralen Medikamenten in ärmeren Ländern.

Gewisse Fortschritte waren sowohl bei der Bekämpfung der Malaria als auch bei der Eindämmung der Tuberkulose zu verzeichnen – aber noch nicht in befriedigender Weise, um die Globalziele zu erreichen.²³

Bei der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (**MEZ 7**) ist einiges auf der Habenseite zu finden; es überwiegt jedoch das Soll. Hinsichtlich der Zielvorgabe, die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einzubauen und den Verlust von Umweltressourcen umzukehren, haben einerseits beim Schutz der Ozonschicht starke, Entwicklungspartnerschaften (auch mit der Privatwirtschaft) und solide einzelstaatliche Politiken zu Fortschritten geführt. Andererseits verdeutlichen der Anstieg der Treibhausgasemissionen, der Bodenerosion und Wüstenbildung sowie die andauernden, wenn auch geringer gewordenen Waldverluste, dass das Entwicklungsparadigma der nachhaltigen Entwicklung noch nicht der Imperativ politischen und wirtschaftlichen Handelns ist und die Problematik des Klimawandels energischer angegangen werden muss.

Die Welt hat die Zielvorgabe, den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 signifikant zu reduzieren, verfehlt; die Zahl der vom Aussterben bedrohten Arten wächst täglich. Immerhin ist es einer Reihe von Entwicklungsländern trotz ökonomischen Drucks gelungen, umfangreiche Land- und Wasserflächen unter Schutz zu stellen.

Wenn bis 2015 der Anteil der Menschen um die Hälfte gesenkt werden soll, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben, dann müssen die Anstrengungen vornehmlich in den ländlichen Gebieten erhöht werden.²⁴ Fast alle Regionen kommen bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen in den Städten voran, und das Unterziel, bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeizuführen, ist in Reichweite. Erfahrungen etwa in Millenniumsdörfer-Projekten (so bei der Deutschen Welthungerhilfe) zeigen, dass große Verbesserungen mit überschaubarem finanziellem Aufwand in Selbstverwaltung der Betroffenen möglich sind. Hier sehe ich auch Ansatzpunkte für das Engagement von Stiftungen.

²³ „Gesundheitsinitiativen überleben nur lange genug, um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen, wenn sie im Lande selbst verankert und abgestimmt sind auf nationale Prioritäten und Kapazitäten.“ Dies betonte Margaret Chan, die Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation WHO, am 17. Januar 2011 in ihrem Bericht vor dem Exekutivrat der WHO. Sie erläuterte, dass in einem WHO-Bericht nachgewiesen worden ist, dass die auf die Gesundheit bezogenen Millenniums-Entwicklungsziele nur erreicht werden können, wenn Initiativen in vorhandene Gesundheitsprogramme integriert werden und wenn das gesamte Gesundheitswesen gestärkt wird.

²⁴ Karl Kübel (1909-2006) wusste um die Bedeutung der ländlichen Räume; als Unternehmer hatte er ländliche Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt gefördert.

Das letzte Millenniumsziel (**MEZ 8**) „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ ist von herausragender Bedeutung für die Schaffung eines die Entwicklung förderlichen internationalen Umfeldes. Bei diesem Ziel geht es v. a. um einen faireren Handel, Schuldenerleichterungen und entwicklungspolitische Leistungen. Hier lautet die Bilanz: Wenig Licht und viel Schatten.

Von einem fairen und nicht-diskriminierenden internationalen Handels- und Finanzsystem ist man meilenweit entfernt. Die Industrieländer tun weniger als nötig, um energischen Schritts Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der globalisierten Marktwirtschaft zu gehen.²⁵ In und zwischen den verschiedenen Politikbereichen mangelt es an kohärentem Handeln. Handelsbarrieren für Entwicklungsländer und handelsverzerrende Subventionen seitens der Industrieländer sind kaum abgebaut worden.

Die beim G8-Gipfel 2005 vereinbarten Schuldenerlasse haben zwar die Schuldenlast deutlich gesenkt, und viele Entwicklungsländer, vor allem Schwellenländer, konnten die Exportumsätze steigern. Aber die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Exportumsätze einer Reihe von Entwicklungsländern sinken lassen und zu einer Verschlechterung der Schuldendienstquote geführt.

Die entwicklungspolitischen Leistungen für die ärmeren Länder sind seit 2000 stärker gestiegen als das durchschnittliche Bruttonationaleinkommen (BNE) der Geberländer; dennoch erfüllen die meisten Industrieländer ihre finanziellen entwicklungspolitischen Zusagen bisher nicht. Die im Jahre 2010 von den Industrieländern zur Verfügung gestellten Finanzmittel beliefen sich²⁶ auf 128,7 Mrd. USD (= 0,32% des kombinierten BNE) (2009: 119,6 Mrd. US-\$ = 0,31% des kombinierten BNE); Deutschland stellte 12,7 Mrd. USD (= 0,38% des BNE) zur Verfügung (2009: 12 Mrd. \$ = 0,35%; 2008 13,9 Mrd. \$ = 0,38%). Auch im Hinblick auf die generelle Erreichung des 0,7%-Zieles bis 2015 (mehrfach, auch von der Bundesregierung, versprochen) ist größte Skepsis angebracht. Lediglich fünf Länder übertrafen bisher die 0,7%-Marke: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden.

Auf dem G-8-Gipfel 2005 versprach man eine Verdoppelung der Afrikahilfe bis 2010: Versprechen gebrochen.

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer wurde nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Die Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft wie auch die angestrebte Kooperation mit der Privatindustrie, um die Vorteile neuer Technologien (z. B. Informationstechnolo-

²⁵ In Anlehnung an Amartya Sen: Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität, München 2007⁴.

²⁶ So wie sie vom Entwicklungsausschuss der OECD im April 2011 veröffentlicht worden sind (s. www.oecd.org/dac).

gien und erneuerbare Energien) auch in Entwicklungsländern nutzbar zu machen, blieb hinter den Erwartungen zurück.

Die Ursachen für die mangelhaften Erfolge bei der Zielerreichung von MEZ 8 liegen auch und gerade bei den Regierungen, denen ein „doppeltes Armutszeugnis“ – so Jens Martens²⁷ – auszustellen ist:

„Ein Armutszeugnis für die Regierungen des Nordens, die bislang weder in ihrer Handels- und Finanzpolitik zu substantiellen Zugeständnissen bereit waren, noch die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Armutsbekämpfung als *fresh money* bereitgestellt haben.

Und ein Armutszeugnis für viele Regierungen des Südens, die ihre Politik häufig nicht auf die Bekämpfung der Armut, die Überwindung sozialer Disparitäten und die Mobilisierung heimischer Ressourcen ausgerichtet haben.“

IV. Wurden bei den acht MEZ eigentlich die Kernherausforderungen berücksichtigt?

Die MEZ sind m. E. eine defekte Vision, weil die quantitativen Ziele ohne Qualitätsansprüche formuliert wurden (etwa im Bildungsbereich) und vor allem weil für die Vision unerlässliche Elemente wie Frieden und Demokratie fehlen.²⁸ Dies ist ein Paradoxon. Denn die Staats- und Regierungschefs bezeichneten in der Millenniumserklärung zwar Frieden, Sicherheit und Abrüstung wie auch Menschenrechte, Demokratie, gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (*good governance*) als grundlegende Ziele, aber diese Ziele finden keine direkte Berücksichtigung bei den acht MEZ – offensichtlich dem Willen der Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten bzw. deren Regierungen entsprechend.

Eine auf den international anerkannten Menschenrechten beruhende Demokratie mit einem starken Parlament und starken zivilgesellschaftlichen Organisationen ist jedoch eine wichtige Bedingung dafür, dass die Armen zu ihren Rechten kommen können.²⁹ Im Übrigen ist keine Diktatur auf Dauer überlebensfähig, weil sie dem Innersten des Menschen nach Freiheit und Selbstbestimmung widerspricht.

²⁷ Jens Martens: Armutszeugnis. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Halbzeitbilanz - Defizite – Perspektiven (hg. v. GPF Europe und terre des hommes), Bonn 2007, S. 5.

²⁸ U. Holtz: Die Millennium-Entwicklungsziele – eine defekte Vision. Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und *good governance*, in: T. Mayer/V. Kronenberg (Hg.): Streitbar für die Demokratie, Bonn 2008, S. 497-517.

²⁹ Empirische Studien kamen zu dem Ergebnis, dass es in keinem demokratischen, unabhängigen Land mit einer freien Presse große Hungersnöte gab. Vgl. Amartya Sen: Democracy as a universal value, in: Journal of Democracy, Bd. 10 (3/1999), S. 3-17.

Die Demokratie ist weltweit als politischer Ordnungsrahmen anerkannt. In der im Jahre 1997 in Kairo angenommenen Allgemeinen Demokratie-Erklärung der Inter-Parlamentarischen Union (IPU) wird die Demokratie als Ideal, als Regierungsform und als ein universell anerkanntes Konzept bezeichnet, das auf gemeinsamen Werten beruht.³⁰

Zwischen Demokratie und Entwicklung besteht kein automatischer Zusammenhang. Auf der einen Seite fördert Demokratie Entwicklung, auf der anderen Seite ist das bloße Vorhandensein von demokratischen Strukturen noch kein Garant für Fortschritt. Dennoch: „Wenn Politik und politische Institutionen die menschliche Entwicklung fördern und die Freiheit und Würde aller Menschen sichern, soll, muss die Demokratie ausgeweitet und vertieft werden.“³¹

Was nützt mehr Geld, mehr staatliche Entwicklungshilfe, wenn in den Entwicklungs- und Transformationsländern Diktatoren, Kleptokraten und korrupte Cliques herrschen, wenn die Bevölkerung nicht am Ressourcenverkauf beteiligt wird, wenn die Hilfe mangels funktionierender Rechts- und Verwaltungsinstitutionen nicht sinnvoll eingesetzt werden kann?

Nur in Ausnahmefällen, wie in fragilen Staaten, in Notsituationen oder bei der Friedenssicherung, darf für die Entwicklungspolitik gelten: Engagiert und vor Ort bleiben.

Otfried Höffe, einer der namhaftesten politischen Philosophen der Gegenwart, legt die Faktoren offen, die demokratische Systeme dazu befähigen, in wirksamer Weise Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und damit letztlich ihre eigene Legitimationsgrundlage zu sichern. Er beantwortet die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Demokratie zu Recht mit einem uneingeschränkten Ja. Im globalen Wettbewerb der Systeme hat die Demokratie einen Wettbewerbsvorsprung. Viele der Schwierigkeiten, die sie hat, haben autoritäre Regime auch, oft sogar in höherem Maße. Und an ihre Stärken kann der Autokratismus nicht heranreichen: „Eine engagierte Bürgerschaft, ein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau, soziale und kulturelle Fundamente und nicht zuletzt eine politische Ordnung, die auf neue Herausforderungen flexibel zu reagieren vermag“.³²

In einem weit beachteten Artikel hatte der indische Nobelpreisträger für Wirtschaft, Amartya Sen, im Jahre 1999 die Demokratie als universellen Wert bezeichnet.³³ Für Amartya Sen schließt die Demokratie mehrere „Tugenden“ ein:

³⁰ IPU (Hg.): Democracy: Its Principles and Achievement, Genf 1998, S. III-VIII (www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm - 3.5.11).

³¹ UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung. Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt. Bonn 2002, S. 2.

³² Otfried Höffe: Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik, München 2009; s. auch die Rezension in der F.A.Z. vom 15.1.2010.

³³ Sen, Amartya, 1999: Democracy as a Universal Value, in: Journal of Democracy 10.3 (1999), S. 3-17.

1. Die intrinsische Bedeutung. Freiheit ist ein dem Menschen innewohnender Wert. Politisch-bürgerliche Freiheitsrechte sind zentrale Teile des Menschen als Individuum und Gesellschaftswesen. Politische und gesellschaftliche Teilhabe sind essentiell für das menschliche Leben und Wohlergehen.

2. Die instrumentelle Bedeutung der Demokratie. Sie liegt v. a. darin, dass Regierung und Politik dem Volk zuhören müssen und sie zu Verantwortung und Rechenschaftspflichtigkeit angehalten werden. Empirisch wies A. Sen nach, dass diese instrumentelle Bedeutung der Demokratie mit Wahlen und freien Medien Hungersnöte in Entwicklungsländern vermeiden half.

3. Die konstruktive Rolle der Demokratie bei der Ausformung von Werten und dem Verstehen, dass es Bedürfnisse, Rechte und Pflichten gibt.

Während früher gefragt wurde – so Sen –, ob ein Land tauglich für die Demokratie sei („*fit for democracy*“), gehe es heute darum, ein Land durch die Demokratie fit zu machen („*fit through democracy*“).

In einer wissenschaftlichen Publikation über die Millenniums-Entwicklungsziele habe ich eine bemerkenswerte Korrelation hergestellt: Die Halbierung undemokratischer, schlecht regierter Staaten mit einem hohen Grad der Korruption könnte die von den MEZ angestrebte Halbierung der Armut eher bewirken als eine Verdoppelung der entwicklungspolitischen Leistungen. Deshalb plädierte ich nachdrücklich für die Ergänzung des MEZ-Zielkatalogs um ein neuntes Ziel, nämlich: »Diktaturen überwinden und Demokratien stärken«.³⁴ Allerdings wäre die Realisierung dieser Forderung angesichts der Stimmenverteilung in den UN-Gremien nicht möglich gewesen.

Im Zeitalter des Globalismus ist eine Globalisierung der Demokratie ein politischer Imperativ.

Die Entwicklungspolitik hatte immer ein Problem mit schlecht regierten und korrupten Regimen. Das Problem, das sich auch bei der Umsetzung der MEZ stellt, liegt darin, dass politische Sanktionen nicht die ohnehin malträtierte Bevölkerung treffen sollen. Dann bleibt nur – so das Urteil auch anderer³⁵ – die von mir aufgezeigte Konsequenz, dass die bi- und multilaterale Gebergemeinschaft mehr Energie in die politische Stabilisierung fragiler Staatswesen und

³⁴ Vgl. U. Holtz: Die Zahl undemokratischer Länder halbieren! Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und *good governance*, in: Franz Nuscheler/Michèle Roth (Hg.): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?, (EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn 2006, S. 118-137. Die zwei Zielvorgaben lauteten: 1. Bis 2015 die Zahl der undemokratischen, menschenrechtsverletzenden Regime halbieren. 2. Die Grundsätze einer nachhaltigen und menschenwürdigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme umsetzen. (S. 133)

³⁵ Ebd., S. 27.

in die Förderung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen investiert, um Voraussetzungen zu schaffen, dass die Entwicklungshilfe nicht in Fässern ohne Böden verschwindet.

Die Umwälzungen in der arabischen Welt, die Anfang des Jahres 2011 in Tunesien und Ägypten mit dem Sturz der autoritären, kleptokratischen Herrscher und ihrer Familienclans endeten, haben viel mit dem Wunsch breiter Teile der Bevölkerungen nach Gerechtigkeit, nach Arbeitsplätzen mit fairen Löhnen und einem besseren Leben zu tun – auch mit dem Hunger auf Freiheit und Demokratie.³⁶

Übrigens: Bin Laden gab dem vielzitierten „Kampf der Kulturen“ ein Gesicht. Doch auch wenn er damit Geschichte schrieb – so Kurt Kister in einem Kommentar für die Süddeutsche Zeitung: Durchgesetzt hat sich seine Version des autoritären Schwert-Islam nicht. Die Revolutionen im Nahen Osten zeigen, dass die muslimische Welt kein homogener Block ist - und dass sich dort viele nach etwas ganz anderem sehnen als nach einem Gottesstaat.³⁷

Nach den Ereignissen in Tunesien und Ägypten hat die EU ein kurz- und mittelfristiges Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Transformationsprozesse erarbeitet. Und das BMZ hat für die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens kurzfristig drei Fonds eingerichtet und dafür Mittel bereitgestellt:³⁸

³⁶ S. auch Christiane Hoffmann: Gerechtigkeit und Würde, in FAS, 6.3.11, S. 14. Sie fragte: „Geht es in Libyen, Bahrein, dem Jemen, Ägypten wirklich um Demokratie?“ Und sie antwortete: „Die Umstürze sind ohne Führungsfiguren ausgekommen und ohne Ideologie. Freiheit, vor allem im Sinne von Meinungsfreiheit, nicht im Sinne von gesellschaftlichem Liberalismus, spielt eine Rolle. Die wesentliche Triebfeder der Revolten aber sind die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und einem Leben in Würde. Es ist ein todesmutiges Aufbegehren gegen die Arroganz korrupter Herrscher, gegen ihre schamlos zur Schau gestellte Bereicherung, gegen die Privilegien und den Luxus der wenigen. Diese Werte der sozialen Gerechtigkeit und der Würde sind tief in der eigenen islamischen Kultur verwurzelt. (...) Dass sich diese Entwicklung in den arabischen Gesellschaften mit ihrer explosiven Mischung aus Rückständigkeit und Modernisierung unter dem demographischen Druck einer starken Generation ungeduldiger junger Erwachsener ohne die Voraussetzungen von Aufklärung und Säkularisierung rasch nachholen ließe, ist eine Illusion. Die Umwälzungen in Arabien kommen weitgehend ohne Bezug zum Westen aus - im Negativen wie im Positiven. Sie sind kein antikoloniales Aufbegehren gegen westliche Vorherrschaft und Bevormundung, aber auch kein Streben nach westlichen Werten. Als Verfechter seiner Werte ist der Westen ohnehin unglaubwürdig geworden: durch seine Allianz mit den Diktatoren, durch die Kriege im Irak und in Afghanistan. Der Westen ist zur Quantité négligeable geworden. Und er sollte aufhören, in den arabischen Revolten einen Sieg seiner Werte zu feiern, und sich darauf einstellen, dass sein Einfluss in dieser vermutlich auf längere Sicht instabilen Region weiter schwinden wird.“

³⁷ Osama bin Laden. Tod eines Ideologen, in: www.sueddeutsche.de/politik/osama-bin-laden-tod-eines-ideologen-1.1092309 (3.5.11).

³⁸ BMZ: Demokratischer Aufbruch in Nordafrika und im Nahen Osten. Das BMZ steht bereit, demokratische und reformorientierte Kräfte zu unterstützen, in: www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/demokratisierungsprozess/index.html?nl=true (15.3.11).

1. Mit dem Demokratieförderungsfonds zur Unterstützung des demokratischen Wandels hat das BMZ einen struktur- und ordnungspolitischen Beratungsfonds geschaffen. 3,25 Millionen Euro stehen für Sondermaßnahmen der politischen Stiftungen und kirchlichen Hilfswerke vor Ort bereit. Sie sollen die Zivilgesellschaft unter anderem dabei unterstützen, sich zu organisieren und unabhängige politische Parteien aufzubauen. Zur Ergänzung des Engagements der politischen Stiftungen fördert das BMZ über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit 2 Mio. € ein überregionales Programm zur Unterstützung demokratischer Reformen in der Region.

2. Mit dem Bildungsfonds will das BMZ ein Regionalprogramm zur Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen mit 8 Millionen Euro unterstützen. Das Vorhaben umfasst arbeitsmarktorientierte Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Existenzgründungsprogramme für Jugendliche. Es wird von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zusammen mit den Partnern und der Wirtschaft durchgeführt, einschließlich der Auslandshandelskammern und vor Ort tätigen deutschen Unternehmen.

3. Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit hat das BMZ einen Wirtschaftsfonds, einen Regionalfonds für Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen, eingerichtet. Er dient der Refinanzierung von Mikrofinanzinstitutionen und hat ein Volumen von 20 Millionen Euro. Damit sollen neue Arbeitsplätze im Bereich der Kleinst- und Kleinunternehmen entstehen. An diesem Fonds sollen sich auch andere Geber beteiligen.

Durch gezielte Fortbildungsangebote der Deutschen Welle-Akademie für freie Journalisten, Blogger, Journalistikstudenten und Nutzer von sozialen Netzwerken soll außerdem die Presse- und Meinungsfreiheit in der Region gefördert werden.

Grundsätzlich gilt für alle deutschen Aktivitäten in der Region, was Entwicklungsminister Dirk Niebel bei seinem Besuch in Ägypten im Februar 2011 betonte: „Wir werden kein Land von außen demokratisieren. Aber wir helfen gerne, wenn wir gefragt werden.“

Darüber hinaus sollten m. E. die im Rahmen des EU-Barcelona-Prozesses³⁹ und der Mittelmeerunion angekündigten Maßnahmen endlich besser umgesetzt werden.

³⁹ S. auch U. Holtz: Europa, das Mittelmeer und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Zehn Jahre Barcelona-Prozess – hohe Erwartungen, gemischte Bilanz, in: eins / Entwicklungspolitik Information Nord-Süd 10/2006 (Mai), S. 42-46. Der 1995 ins Leben gerufene Barcelona-Prozess zwischen der EU und zehn südlichen Mittelmeeranrainern (Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und Türkei – Libyen und Mauretanien besitzen einen Beobachterstatus) sah lt. „Bar-

V. Warum gibt es Fortschritte und ein Zurückbleiben hinter den Erwartungen?

Die Fortschritte in einzelnen Regionen und Ländern lassen sich im Vergleich zu den Ländern, die im Verzug sind, summarisch auf folgende Positivfaktoren und deren zumindest teilweise Beachtung zurückführen:⁴⁰

celona-Erklärung" von 1995 und dem entsprechenden Arbeitsprogramm eine „Euro-Mediterrane Partnerschaft“ mit vier Körben vor: (i) Die politische und sicherheitspolitische Partnerschaft, die rund um das Mittelmeer eine Zone des Friedens und der Stabilität bauen soll, gestützt auf wichtige Prinzipien des internationalen Rechts und entschlossen, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu entwickeln sowie die Menschenrechte zu achten; (ii) die wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft, die sich einer nachhaltigen und ausgewogenen sozio-ökonomischen Entwicklung der Mittelmeerregion verpflichtet weiß und durch die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 im Einklang mit den WTO-Bestimmungen einen Raum gemeinsamen Wohlstands anstrebt (die EU unterstützt die Strukturreformen von Wirtschaft und Verwaltung durch erhebliche finanzielle Hilfen, die sog. MEDA-Programme – die Europäische Investitionsbank stellt Darlehen und über ihre verstärkte Mittelmeer-Fazilität Sondermittel zur Verfügung); (iii) die soziale, kulturelle und zwischenmenschliche Partnerschaft, die der Entwicklung menschlicher Ressourcen, dem Verständnis zwischen den Kulturen und dem Austausch unter den Zivilgesellschaften dient (im April 2005 wurde die Anna Lindh-EuroMed-Stiftung für den Dialog der Kulturen und den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften in Alexandria eröffnet); (iv) das im Aktionsplan von Valencia 2002 hinzugefügte Regionalprogramm Justiz, Verbrechensbekämpfung und Migration. Es wurde viel zu wenig getan, um das Potenzial der Barcelona-Erklärung voll auszuschöpfen.

⁴⁰ Bei der Umsetzung der MEZ bzw. der Unterziele bestehen sehr große Unterschiede zwischen den Weltregionen: Ostasien, Südostasien und Osteuropa sind auf gutem Weg, mindestens die Hälfte zu erreichen, während Subsahara-Afrika wohl höchstens drei Unterziele umsetzen wird. Dies hat schon viele veranlasst, nach den Gründen für das „Versagen“ des Kontinents zu fragen und festzustellen, dass die MEZ schlicht „zu hohe Ziele für Afrika“ seien. Markus Loewe [*Afrikanische Entwicklungstrends: Auch Subsahara-Afrika könnte die Millennium Development Goals (MDGs) erreichen* (DIE), Bonn 2010 - [www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-8CBJ46/\\$FILE/AuS 7.2010.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-8CBJ46/$FILE/AuS 7.2010.pdf)] machte deutlich: Sechs Eigenschaften zeichnen jene Länder aus, die ihren überdurchschnittlichen Erfolg erklären könnten: 1. Politische und makroökonomische Stabilität; 2. Gutes Investitionsklima; 3. Handlungsfähigkeit des Staates; 4. Eine politische Führung mit einer Vision, einer Strategie und dem festen Willen, die Strategie über einen längeren Zeitraum hinweg entschlossen umzusetzen; 5. Dezentralisierung und Beteiligung der Bevölkerung an Projektplanung und -durchführung; 6. Langfristige, stetige und berechenbare Unterstützung durch die Geber. Derweil scheinen weder die Höhe der empfangenen Entwicklungshilfeleistungen noch die Startbedingungen des jeweiligen Entwicklungslandes (wie bspw. das Prokopfeinkommen oder die Grundschulbeteiligungsraten im Bezugsjahr 1990) eine entscheidende Rolle zu spielen, und auch der Einfluss des Wirtschaftswachstums ist deutlich weniger stark als man dies erwarten könnte.

Auf weitere Erklärungsversuche sei hingewiesen:

BMZ-Staatssekretär Jürgen Beerfeldt bezog sich in seiner Rede vor Studierenden meines politikwissenschaftlichen Hauptseminars an der Universität Bonn zum Thema „Entwicklungspolitische Beziehungen Deutschlands zu Afrika“ am 20.1.2011 auf Steven Radelet und dessen Buch *Emerging Africa: How 17 Countries are Leading the Way* (Washington 2010). Radelet vom Washingtoner Center for Global Development untersuchte 17 Länder in Afrika südlich der Sahara, die Konflikt, Stagnation und autokratische Herrschaft erfolgreich hinter sich gelassen haben: „Auch wenn der Zustand in diesen Ländern natürlich noch keineswegs perfekt ist, finden dort tiefgreifende Reformen statt, die anhaltende Wirkung zeigen. Radelet nennt in seinem Buch fünf zentrale Faktoren, die für die positive Entwicklung in diesen Ländern entscheidend waren: 1. demokratisch legitimierte und rechenschaftspflichtige Regierungen (so was wie good governance), 2. marktwirtschaftliche Reformen, 3. das Ende der Schuldenkrise und ein stärker auf Partnerschaft gerichtetes Verhältnis zur internationalen Gemeinschaft, 4. innovative Technologien, die neue Möglichkeiten für den Privatsektor eröffnen, 5. eine neue Generation an Politikern, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Persönlichkeiten aus Industrie und Handel, die genug haben von ökonomischer Stagnation und politischer Willkür.“

(www.bmz.de/de/presse/reden/Sts_Beerfeldt/2011/Januar/20110120_rede.html - 3.5.11).

Vgl. auch Charity Musamba: *The Developmental State Concept and its Relevance for Africa*, in: Peter Meyns/Charity Musamba: *The Developmental State in Africa. Problems and Prospects* (INEF-Report 101), Duisburg 2010 (<http://inef.uni-due.de/cms/files/report101.pdf>, S. 11-41, 21). She identified four defining features of the developmental state: (i) Development-oriented political leadership; (ii) an autonomous and effective bureaucracy; (iii) a production-oriented private sector, and (iv) performance-oriented governance.

1. Ein entwicklungsorientiertes Verhalten von Regierungen, Führungspersonlichkeiten und Eliten, die die Millenniumsziele sowie die Partizipation der Bevölkerung und ihre Eigentümerschaft (*ownership*) an der Entwicklung ernst nehmen.
2. Funktionierende, leistungsfähige Regierungen und Verwaltungen, gepaart mit Rechtsstaatlichkeit – und dies über einen längeren Zeitraum hinweg.
3. Armutsbekämpfung bei adäquater Berücksichtigung der ländlichen Räume durch eine staatliche Rahmensetzung, die die Privatwirtschaft und dabei auch und gerade kleine und mittlere Unternehmen fördert und nicht knebelt.
4. Die Mobilisierung einheimischer (finanzieller) Ressourcen.
5. Materielle und immaterielle Infrastrukturausstattungen, wie ein angemessenes, gutes Transport-, Bildungs- und Ausbildungssystem.
6. Ein der Entwicklung förderliches mentales und kulturelles Umfeld.
7. Anerkennung der wichtigen Rolle der Frauen im Entwicklungsprozess.
8. Industrialisierung und Ausnutzen der internationalen Arbeitsteilung.
9. Eindämmung des Bevölkerungsanstiegs.
10. Effiziente Nutzung der von außen gewährten Unterstützung im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe und einer selbstbestimmten Entwicklung.
11. Äußerer und innerer Frieden.

Vgl. weiterhin Paul Collier: *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries Are Failing and What Can Be Done About It*, Oxford 2007. At the core of the argument are four 'traps' that lock Africa into poverty: (i) the conflict trap, (ii) the natural resource trap, (iii) the trap of being landlocked with bad neighbours, and (iv) the trap of bad governance in a small country. However, there are some shortcomings. First, the focus on poor countries instead of on the very poor in any developing country could be an issue. A second shortcoming is Collier's omission of the low human capital trap. Third, and most significant, the book sometimes does not present the whole picture. (cf. the review by Ruth Uwaifo Oyelere, in: www.econ.gatech.edu/files/papers/bookreview.pdf - 29.4.11)

According to Erik S. Reinert and his review in the [Journal of Global History](http://journals.cambridge.org/action/displayFulltext?type=1&fid=8129537&jid=JGH&volumeId=6&issueId=01&aid=8129535&bodyId=&membershipNumber=&societyETOCSession) (6/2011), p. 156-158 (see <http://journals.cambridge.org/action/displayFulltext?type=1&fid=8129537&jid=JGH&volumeId=6&issueId=01&aid=8129535&bodyId=&membershipNumber=&societyETOCSession>), the bottom billion represents a kind of middle position between Sachs' optimism concerning aid and Easterly's pessimism. However, all three have a past in important positions in Washington institutions whose shock therapies caused so much damage to the economic structures of many poor countries. These authors do not come from a position of objectivity when they attempt to explain what went wrong. The bottom billion is heavily marked by the need to defend the past policies of the World Bank. The most salient misinterpretation of history is when Collier presents the successes of China and India as results of the policies of the Washington institutions. In reality, the basis of these two nations' success, apart from the size of their markets, is they have built an industrial sector consistently for more than fifty years and that, contrary to the World Bank recommendations, they opened their economies gradually, not through shock therapy. Reinert's further criticism is that Collier does not analyse the mechanisms that lifted the presently wealthy nations out of poverty. From the Enlightenment through to twentieth-century fascism, Nazism, Stalinism, and Western democracies, all development strategies were based on industrialization. When the Allies wanted to punish Germany after the Second World War the cruelest plan they could come up with was forced deindustrialization: the Morgenthau Plan. This plan was, however, so effective in producing mass poverty that it only lasted two years and was replaced by the Marshall Plan, a plan for re-industrialization. This point was completely lost to development economics under neo-liberalism.

Zwei Ursachenbündel von Hemmfaktoren sind für das Zurückbleiben verantwortlich:

A) Jene Faktoren, die nach der Verabschiedung der Millenniumserklärung im Jahre 2000 besonders virulent wurden:

- wie die nach den Terroranschlägen vom September 2001 erfolgten Prioritätensetzungen, bei denen für manche Industrieländer militärische und sicherheitspolitische Gesichtspunkte wichtiger wurden als zivilgesellschaftliche und entwicklungspolitische;
- die deutliche Zunahme von zerfallenden, kollabierenden und von kriegerischen Konflikten heimgesuchten Staaten;⁴¹
- der Klimawandel, wenn auch nur über lange Zeiträume spürbar, mit seinen akuter werdenden negativen, in vielen Entwicklungsländern verheerenden Auswirkungen (besonders vom Weltklimarat in das öffentliche Bewusstsein gehoben);
- die in den letzten Jahren aufgetretenen Krisen, besonders die Ernährungskrise und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.

B) Hinzu kommen Faktoren, die von großer Bedeutung waren und beachtet werden müssen,⁴² wenn eine Wende zum Besseren eingeläutet werden soll:

1. Das Bevölkerungswachstum (die Erdbevölkerung – 1990 belief sie sich auf 5,3 Mrd. – wird von jetzt fast 7 Mrd. (davon 5,7 Mrd. in den Entwicklungsländern) auf voraussichtlich mehr als 9 Mrd. Menschen im Jahre 2050 (7,9 Mrd. in Entwicklungsländern) anwachsen – so die mittlere Prognose⁴³).

⁴¹ Vgl. UN Economic Commission for Africa/African Union/African Development Bank Group: Assessing Progress in Africa toward the MDGs. MDG Report 2009, Addis Abeba–Tunis 2009; hier wird besonders auf die kriegerischen Konflikte und Post-Konflikt-Situationen abgehoben, unter denen in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt 20 afrikanische Länder zu leiden hatten.

⁴² Vgl. Eckhard Deutscher/Hartmut Ihne (Hrsg.): ‚Simplizistische Lösungen verbieten sich‘. Zur internationalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert. Festschrift zu Ehren von Professor Uwe Holtz, Baden-Baden 2010. Darin insbesondere Jürgen Wilhelm: Ownership und die Verpflichtung zur Rechenschaft, S. 133-145; Hermann Scheer: Die Dritte Welt in der Ressourcenfalle, S. 169-174; Detlev Karsten: Dilemmata und Versäumnisse der Entwicklungspolitik, S. 243-254; Winfried Pinger: Ende des Elends in Afrika?, S. 271-280. S. auch Europäische Kommission: Grünbuch über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – Herausforderungen und Optionen für eine neue Partnerschaft, Luxemburg 1997.

⁴³ S. die Publikationen der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (www.weltbevoelkerung.de). Afrika mit einer durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszunahme von gut 2% wird 2050 seine Bevölkerung auf fast 2 Mrd. Menschen verdoppelt haben. In den meisten Entwicklungsländern, die sich durch ein hohes Bevölkerungswachstum auszeichnen, stellen sich trotz – in historischer Perspektive – beachtlicher Fortschritte Verbesserungen der Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung i. d. R. nur sehr zögerlich ein.

Vgl. auch Lilli Sippel/Franziska Woellert/Reiner Klingholz: Schwieriges Wachstum. Bevölkerungsdynamik – das vergessene Thema der Entwicklungspolitik (Diskussionspapier – Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung), Berlin 2010 (vgl. www.berlin-institut.org/weitere-veroeffentlichungen/schwieriges-wachstum.html): Das Diskussionspapier stellt die Entwicklungslage in Afrika und Asien einander gegenüber und geht der Frage nach, warum ein Land wie Südkorea heute zu den 15 reichsten Nationen der Welt zählt und warum der afrikanische Sahelstaat Niger bei Entwicklungsrankings stets den letzten Platz belegt. Die Antwort lautet, dass Südkoreas Politik der Altersstruktur der Bevölkerung Rechnung getragen hat: Der Tigerstaat hat vor Jahrzehnten Familienplanung propagiert und in seine vielen jungen Menschen investiert, sie ausgebildet und Arbeitsplätze geschaffen. Weil in der Folge die Geburtenraten sanken, übertraf die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter

2. Korrupte, kleptokratische Eliten, die nicht am Gesamtwohl des Landes und der Armutsbekämpfung interessiert sind.
3. *Bad governance*, also schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln, sowie ineffiziente, korrupte Staatsbürokratien – mit entsprechend negativen Auswirkungen in fast allen Bereichen des Lebens und Wirtschaftens, begleitet von staatlicher Misswirtschaft und der Verhinderung notwendiger Reformen, um die Millenniumsziele zu erreichen.
4. Die weitgehende Vernachlässigung der ländlichen Regionen und der Landwirtschaft.⁴⁴
5. Ein entwicklungsfeindliches Umfeld, weil in einer Reihe von Ländern Bildung, Ausbildung und Wissen sowie tolerante, auch für den Wandel offene Kulturen immer noch nicht als wesentliche Schlüsselfaktoren für die persönliche wie auch die soziale, wirtschaftliche, politische und ökologische Entwicklung anerkannt und gefördert werden.
6. Schwierigkeiten, die auf widrige natürliche Rahmenbedingungen, die Binnenlage ohne Meereszugang und kriegerische Auseinandersetzungen zurückzuführen sind.
7. Das Festhalten an teuren, ökologisch schädlichen fossilen Energien, statt den Reichtum an heimischen solaren bzw. biologischen Rohstoffen stärker zu nutzen, wofür der leider viel zu früh verstorbene Bundestagsabgeordnete und Träger des Alternativen Nobelpreises Hermann Scheer unermüdlich und auch erfolgreich geworben hat. Bei der Nutzung erneuerbarer Energien sind primär dezentrale Lösungen zu bevorzugen. Übrigens: Alle Bundesregierungen –

schließlich die Zahl der wirtschaftlich abhängigen jüngeren und älteren Menschen stark. In Niger werden dagegen immer noch durchschnittlich sieben Kinder pro Frau geboren. Die Entwicklungspolitik umschiffet seit Jahrzehnten den Zusammenhang zwischen hohen Kinderzahlen und wirtschaftlicher Rückständigkeit. Lässt sich Bevölkerungsentwicklung überhaupt politisch steuern? Generell lassen sich drei Ansätze zur Bevölkerungsregulierung unterscheiden. Erstens solche, die direkt Einfluss auf die Zahl der Geburten nehmen, wie zum Beispiel die staatlich auferlegten Zwangsmaßnahmen der Ein-Kind-Politik in China. Zweitens Programme, die Wissen und Methoden zur Verhütung bereitstellen und damit Frauen und Männer befähigen, selbst die gewünschte Kinderzahl zu bestimmen. Und drittens Ansätze, die reproduktive Entscheidungen indirekt beeinflussen, wie Zugang zu Bildung, die Förderung von Frauenrechten oder eine wirtschaftliche Entwicklung mit verbesserten Arbeitsmärkten.

S. auch Wolfgang Wiedlich: Weltbevölkerung: Das unterschätzte Wachstum, in: General-Anzeiger Bonn, 29.12.10: Der Weg zur ersten Milliarde Menschen dauerte Tausende von Jahren. Die zweite Milliarde war schon nach 130 Jahren erreicht (1930), die dritte nach 30 Jahren (1960), die vierte nach 15 Jahren (1975), die fünfte nach zwölf Jahren (1987), die sechste nach elf Jahren (1998) und die siebte nach 13 Jahren (2011). Was mehr Menschen bedeuten, erlebt niemand härter als die Entwicklungsländer. Kleine Fortschritte zwischen weniger Armut und mehr Bildung werden durch die Menschenvermehrung wieder aufgezehrt - gleich einer Rolltreppe, die hier und dort nach oben führt, aber insgesamt nach unten. Dass Armutsbekämpfung ein effektives Instrument ist, um das Bevölkerungswachstum zu drosseln, ist längst erwiesen. Gleichwohl wurden unverbindlich vereinbarte UN-Ziele noch nicht einmal halbherzig verfolgt. Während der Kampf gegen den Hunger noch als leichteste Übung erscheint, sofern nicht mit Lippenbekenntnissen geführt, werden mit anderen Daseinsspuren einer bald Acht-Milliarden-Menschheit weitere rote Ampeln des Planeten überfahren. Wer zu schnell unterwegs ist, übersieht Warnzeichen. Energie, Siedlungsflächen, Umwelt. Die Ökosysteme der endlichen Erde sind, wie ein Gummi, schon heute bis zum Zerreißen gespannt.

Von grundlegender Bedeutung Christoph Zöpel: Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft, Berlin 2008.

⁴⁴ Vgl. U. Holtz: Parliamentary contributions to achieving food security and addressing climate change in the drylands under the current economic crisis, Bonn 2009 (auch www.unccd.int/parliament/docs/XM%20parliament%20background-eng.pdf – 10.4.11).

gleich welcher Couleur – haben sich bis heute daran gehalten, keine Kernkraftwerke mit Entwicklungshilfegeldern zu fördern.

8. Inwieweit der Kolonialismus für das Zurückbleiben verantwortlich zu machen ist, wird unterschiedlich beurteilt. Zu dem besonders in Afrika bis heute nachwirkenden „Erbe“ zählen willkürliche Grenzziehungen mit der Folge von kriegerischen Konflikten und die Unterminierung des Selbstwertgefühls.⁴⁵

9. Die Industrieländer haben es bislang weitgehend versäumt, wirksame Schritte zur Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen umzusetzen und den Entwicklungsländern eine faire Teilhabe an der internationalen Norm- und Regelsetzung und der internationalen Arbeitsteilung zu ermöglichen. Sie haben – trotz der anzuerkennenden Bemühungen zur Steigerung der Wirksamkeit und zur Erhöhung der entwicklungspolitischen Leistungen – letztlich nur Tappschritte in Richtung auf eine quantitativ höhere und qualitativ bessere Entwicklungspolitik unternommen.

10. Wirkmächtige Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank (beide mit Sitz in Washington) verabreichten jahrelang vielen Entwicklungsländer eine bittere Medizin, die sich oft genug als falsche Medizin herausstellte, indem sie zügellose Freiheiten für die Märkte, handelspolitische Liberalisierungen und Deregulierungen sowie den Rückzug staatlichen Handelns propagierten. Demgegenüber belegen besonders die Schwellenländer China, Indien und Brasilien (China autoritär, Indien und Brasilien demokratisch regiert), dass wirtschaftliche Erfolge einschl. der Armutsbekämpfung möglich sind, ohne sich auf die Weltbank- und IWF-Rezepte einer Freihandelschocktherapie und einer staatlichen Zurückhaltung in wirtschaftlichen Dingen eingelassen zu haben. Beide Institutionen haben zwischenzeitlich ihre neoliberale Philosophie des Washington-Konsensus und auch Änderungen vorgenommen.⁴⁶

⁴⁵ Matthew Lange: *Lineages of Despotism and Development*, Chicago 2009, erhärtet auf Grund von Studien über die 39 ehemals britischen Kolonien seine These, dass direkte Kolonialherrschaft bessere Ergebnisse zeitigte als indirekte. Er kann damit weitgehend erklären, welche Länder ein hohes Pro-Kopf-Einkommen, guten Schulbesuch, geringe Kindersterblichkeit sowie effiziente und demokratische Regierungen haben.

⁴⁶ Unter „Washington Consensus“ wurde in den 1980er Jahren besonders die von den Bretton Woods-Institutionen IWF und Weltbank sowie der US-Regierung beförderte Entwicklungsphilosophie verstanden, die mit folgenden Politikzielen verbunden ist: Staatliche Finanz- und Haushaltsdisziplin zur Vermeidung von Budgetdefiziten; Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben zugunsten von Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur; Steuerreformen; Liberalisierung der Finanzmärkte; freie Wechselkurse und deren Anpassung auf ein realistische Niveau; Handelsliberalisierung; Förderung von ausländischen Direktinvestitionen; Privatisierung (von Staatsunternehmen); Deregulierung der Wirtschaft und Abbau staatlicher Einflussnahmen; Sicherung der Eigentumsrechte. Dieses sehr differenzierte und breite Verständnis von „Consensus“ wurde allerdings schnell verwässert wie verallgemeinert und zum Synonym für Neoliberalismus mit der Botschaft: „Liberalize as much as you can, privatize as fast as you can, and be tough in monetary and fiscal matters.“ Die Umsetzung des Washington-Konsensus durch die Weltbank erfolgte mit den Strukturanpassungsprogrammen. Die mit diesen Programmen erwarteten und erhofften Erfolge stellten sich oft nicht ein. Die Weltbank zeigte sich reformwillig: Der sog. „Post-Washington Consensus“ enthält Elemente, die relativ neu auf der Weltbankagenda sind: Abschied von der Vorstellung, Staatsfunktionen hätten sich auf die Herstellung marktünstiger Rahmenbedingungen zu

VI. Wie sind die Perspektiven für 2015, und was ist zu tun?

Untersuchungen verdeutlichen: Subsahara-Afrika gehört zwar zu jenen Gesamtregionen, die bei der Realisierung der MEZ meist gegenüber den anderen Weltregionen schlechter abschneiden, aber auch innerhalb Subsahara-Afrikas gibt es Länder, die mit hoher Wahrscheinlichkeit mindestens die Hälfte der MEZ-Unterziele erreichen. So haben bspw. schon heute drei Länder in Subsahara-Afrika MEZ 1 (Halbierung des Anteils der Einkommensarmen) erreicht (Angola, Botswana und Senegal), zwei Länder (Äthiopien, Ghana) haben es nahezu erreicht. MEZ 2 (Grundbildung für alle) ist sogar schon von sieben Ländern nahezu erreicht, zu denen bis 2015 noch mindestens fünf hinzukommen dürften. Und auch bei anderen Zielen gibt es sehr erfolgreiche Länder in Subsahara-Afrika. Zu den erfolgreicheren Ländern gehören etwa Botswana, Burkina Faso, Malawi, Namibia, Mauritius, Ruanda und Ghana. Sie sind Beispiele dafür, dass auch Subsahara-Afrika insgesamt die MEZ erreichen könnte.⁴⁷

Entwicklungsminister Dirk Niebel⁴⁸ bezeichnete den New Yorker MEZ-Gipfel im September 2010 insgesamt als Erfolg: „Trotz teilweise schwieriger Verhandlungen und unterschiedlicher Positionen haben wir jetzt ein Ergebnis, das den Bemühungen um nachhaltige Entwicklung und für die Erreichung der MEZ neue Impulse geben wird. Jetzt wird es darauf ankommen, diese auf Länderebene in angepasste Entwicklungsstrategien umzusetzen. Deutschland wird seine Partner bei diesen Bemühungen unterstützen und gemeinsam mit ihnen die Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit steigern.“

Er warb dafür, der gemeinsamen Verantwortung für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele gerecht zu werden und den Anstrengungen für die MEZ-Erreichung eine neue Dynamik zu verleihen: „Wenn wir die Ziele bis 2015 erreichen wollen, müssen sich alle Akteure mit ganzer Kraft dafür einsetzen: die Regierungen in den Entwicklungsländern ebenso wie in den Industrieländern, die Zivilgesellschaften ebenso wie privatwirtschaftliche Unternehmen.“

Der Minister, Bundeskanzlerin Merkel mit dem gesamten Kabinett, der Deutsche Bundestag können beweisen, dass sie es ernst nehmen mit der neuen Dynamik und sie sich für die Zielerreichung mit ganzer Kraft einsetzen. Sie sollten zumindest das umsetzen, was der

beschränken, sowie Betonung politischer und gesellschaftlicher Dimensionen von Armut, von nationaler Eigentümerschaft (Ownership) und von Verteilungsfragen. (U. Holtz: Entwicklungspolitisches Glossar (Stichwort „Washington-Konsensus), Bonn 2009, in: www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf - 3.5.11).

⁴⁷ So Markus Loewe: Afrikanische Entwicklungstrends: Auch Subsahara-Afrika könnte die Millennium Development Goals (MDGs) erreichen (DIE), Bonn 2010 - [www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-8CBJ46/\\$FILE/AuS_7.2010.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-8CBJ46/$FILE/AuS_7.2010.pdf)

⁴⁸ S. www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2010/september/20100923_pm_149_mdgs/index.html (3.5.11).

Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) in seinem Prüfbericht über die deutsche Entwicklungspolitik im September 2010 angemahnt hat und was auch zur Realisierung der MEZ beitragen würde.⁴⁹

1. Will Deutschland wirklich das Ziel, 0,7% des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, bis 2015 erreichen, dann müssten die BMZ-Haushaltsmittel jedes Jahr um fast 2 Mrd. € erhöht werden – und nicht wie jetzt im BMZ-Haushalt 2011 nur um einige Dutzend Millionen.⁵⁰ Im Haushaltsentwurf für 2012 sind noch nicht einmal 114 Mio. € mehr für den Einzelplan 23 Entwicklungspolitik, nämlich insgesamt 6,333 Mrd. € vorgesehen. Der Finanzminister stellte in seine Finanzplanung für 2013, 2014 und 2015 nur noch Ansätze um die 5,7 bzw. 5,8 Mrd. € ein.⁵¹ Angesichts weiterer Unwägbarkeiten für den Bundeshaushalt (etwa durch die angestrebte Schließung von Kernkraftwerken und Wegfall von Einnahmen aus der Kernbrennelemente-Steuer; ungewisse, mögliche Belastungen aus dem neuen Euro-Rettungsschirm) halte ich es für unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung ihre national und international gemachten Versprechungen bezüglich der massiven Steigerung der staatlichen Entwicklungshilfeleistungen einhalten wird. Einmal mehr werden – wie in der Vergangenheit – entsprechende Ankündigungen nicht realisiert. Letztlich fehlt es am politischen Willen – so wie er in skandinavischen Ländern, den NL und LUX und neuerdings auch in GB spürbar ist.
2. Der DAC fordert Deutschland auf, durch einen am besten vom Bundestag per Gesetz zu beschließenden ODA-Stufenplan die Finanzmittel generell und speziell für Afrika wesentlich zu erhöhen.⁵² Erfreulicherweise werden auch eine stärkere par-

⁴⁹ OECD (Hg.): DAC Peer Review Germany, Paris 2010 (www.oecd.org/dataoecd/35/23/46287397.pdf - auf Deutsch: www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf - 3.5.11).

⁵⁰ Minister Niebel wies in seiner Haushaltsrede am 24.11.10 im Deutschen Bundestag darauf hin, dass der BMZ-Haushalt um 148 Millionen € auf 6,22 Mrd. € steigen werde – und das „in Zeiten der Schuldenbremse“. Oppositionsredner kritisierten, dass dieser Zuwachs v. a. auf die Übertragung aus einem anderen Einzelplan auf den BMZ-Haushalt zurückzuführen sei. [Das BMZ ist für mehr als die Hälfte bis zu zwei Dritteln der deutschen ODA unmittelbar verantwortlich; im Jahre 2008 waren es 54%.]

⁵¹ Vgl. Japans Katastrophe belastet den Bundeshaushalt, in: FAZ vom 17.3.11, S. 12.

⁵² Ramona Vogel: Vorstoß für Entwicklungshilfe, in: Das Parlament, 28.2.11: „Unter dem Slogan "Das Versprechen einhalten" stellte sich am 25.2. eine alle Fraktionen umfassende Initiative von Entwicklungspolitikern vor. Sie fordern eine endgültige Aufnahme des 0,7 Prozent-Ziels in den Bundeshaushalt. Hintergrund ist die nunmehr vor rund 40 Jahren getroffene Zusage der Industriestaaten bis zum Jahre 2015 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Deutschland habe bisher keins der vereinbarten Zwischenziele erreichen können, hieß es. Die Abgeordneten fordern das Bundeskabinett und den Haushaltsschuss des Bundestages dazu auf, die Mittel in den nächsten vier Jahren um mindestens 1,2 Milliarden Euro pro Haushaltsjahr anwachsen zu lassen und damit eine Grundlage zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zu bilden. Vorbild ist eine ähnliche Initiative im britischen Parlament. Großbritannien wird vermutlich 2013 das Ziel erreichen. Die neue Berliner Initiative will mit der Betonung auf ihr fraktionsübergreifendes Engagement die Dringlichkeit des Problems unterstreichen.“

lamentarische Kontrolle und Impulsgebung empfohlen – insbesondere durch den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den zu leiten ich zwanzig Jahre lang die Ehre, Freude und Verpflichtung hatte.

3. Der DAC ermuntert Deutschland, die bereits ergriffenen institutionellen Reformen weiterzuführen und zu beschleunigen, um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu steigern. Gewürdigt wird zu Recht die von der Bundesregierung voran getriebene Bündelung der wichtigsten Organisationen der technischen Zusammenarbeit (GTZ, InWEnt und DED) zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).
4. Der DAC mahnt eine bessere entwicklungspolitische Koordinierung innerhalb der verschiedenen Ministerien und auch auf EU- und internationaler Ebene an.
5. Der DAC erwartet zudem eine bessere Kohärenz beim Regierungshandeln in jenen Politikbereichen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben. Mittlerweile bekundete die deutsche Seite, ihren Willen auf den folgenden vier prioritären Feldern die sog. „Politikkohärenz für Entwicklung“ voranzutreiben:
 - a) Fragile Staaten und Konflikte (z.B. Beiträge der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik stärker zu verzahnen).
 - b) Welthandelsordnung und internationale Finanzmärkte (z.B. die Handelsbedingungen für Entwicklungsländer zu verbessern und die Agrarexportsubventionen abzubauen).
 - c) Ernährungssicherung (z. B. die lokale Ernährungssicherheit zu stärken und gleichzeitig die entwicklungsorientierte Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zu fördern).
 - d) Klimawandel und nachhaltige Ressourcennutzung (z. B. Politiken zur Armutsbekämpfung mit Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz der Biodiversität zu verbinden; in Schwellen- und Entwicklungsländern Treibhausgasemissionen zu reduzieren).

Das Entwicklungsministerium BMZ muss lt. DAC noch spezifische Ziele und einen entsprechenden Ansatz definieren, um in jedem dieser vier Bereiche positive Ergebnisse zu erzielen.

Der Countdown bis 2015 läuft. Die Erfolge und Halberfolge zeigen, dass selbst ärmere Länder die Millenniumsziele erreichen oder ihnen zumindest näher kommen können. Aber das Gesamtbild lässt keinen anderen Schluss zu als den, dass das bislang vorgelegte Fortschritts-

tempo keinesfalls ausreicht, um alle Ziele bis 2015 zu erreichen.⁵³ Aber ohne die MEZ wäre man in vielen Ländern nicht so weit gekommen.

Die verbleibenden Jahre – und jenseits von 2015 – sind für vermehrte, adäquate Anstrengungen und unter Vermeidung der dargelegten Negativfaktoren zu nutzen, und zwar von der lokalen und nationalen über die regionale bis zur globalen Ebene. Dabei ist auf allen Ebenen ein politischer Gemeinwille nötig. Leichter gesagt als getan: Die Bundesrepublik und die EU haben Schwierigkeiten, kohärent z. B. in der Agrar- und Entwicklungs-, der Handels- und Waffenexportpolitik zu handeln.

Trotzdem müssen immer wieder und aufs Neue Allianzen und Partnerschaften geschmiedet werden – zwischen verschiedenen Akteuren, also Regierenden, Abgeordneten, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaftlern, Netzwerken und engagierten Menschen, die sich am Leitbild einer menschenwürdigen, nachhaltigen Entwicklung orientieren, zukunftsunfähige, barbarische Wirtschaftsformen ablehnen und über ungerechte Strukturen in der Welt empört sind. Wechselseitige Blockaden, wie wir sie etwa in der Klimakonferenz von Kopenhagen erlebten, sollten der Vergangenheit angehören.

Entwicklung braucht „gute“ nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen, deren Ordnungspolitik sich an menschenrechtsrespektierenden, demokratischen politischen Systemen und an einer sozialen, ökologischen Marktwirtschaft orientiert. Welt(ordnungs)politik bzw. globale Strukturpolitik – *global governance* – ist mehr denn je gefragt; sie ist überlebenswichtig.

Die Bedeutung der in der Millenniumserklärung hervorgehobenen globalen öffentlichen Güter für die Erreichung der MEZ – wie Frieden und Sicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, Finanzstabilität, Demokratie und *good governance* – erfordert ein entschlosseneres, zielgerichtetes Handeln der Akteure. Auch nach 2015 werden folgende Politikfelder Priorität haben: die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Stiftung von Frieden sowie der Einsatz für Demokratie und Men-

⁵³ UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bleibt optimistisch: „Wenn die Weltgemeinschaft mit konstruktiven Maßnahmen auf die Krise reagiert, sind die Ziele noch zu erreichen. Die zugesagte Erhöhung der Hilfe wahrzumachen, ist unverzichtbar. Ebenso wichtig ist es, zu gewährleisten, dass die Interessen der Entwicklungsländer, insbesondere der ärmsten unter ihnen, bei Handelsverhandlungen auch künftig an zentraler Stelle stehen.“ (Vereinte Nationen: Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2009, New York 2009, S. 3 - www.un.org/Depts/german/millennium/mdg_report_2009_deutsch.pdf - 3.5.11)

schenrechte, die Überlebensfähigkeit unseres Planeten und eine nachhaltige, menschenwürdige Globalisierung, bei der alle Staaten darauf verzichten, ihren Wohlstand auf Kosten anderer zu sichern, und eine nichtaggressive Koexistenz bevorzugen.

Die Bundesstadt Bonn ist neben den staatlichen Institutionen der internationalen Zusammenarbeit (wie dem BMZ und dem Umweltministerium) und den über hundert entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in der Region auch und gerade als UNO-Stadt in der Lage, wichtige Beiträge „für nachhaltige Entwicklung weltweit“ zu leisten – so das Dachthema der 18 Bonner UN-Organisationen. Die UN-Organisationen sind „alle miteinander verbunden durch den Beitrag, den sie für die nachhaltige Entwicklung leisten. (...) und unterstützen die gezielten Bemühungen der Regierungen für eine nachhaltige Zukunft in den Bereichen Klimawandel, Wüstenbildung, Katastrophenvorsorge, Bildung, Gesundheit, menschliche Sicherheit, Artenschutz und Freiwilligendienste.“⁵⁴

Ich stimme dem Risikoforscher Ulrich Beck zu: „Wir erleben momentan eine interessante kosmopolitische Dialektik. Durch Fukushima, aber auch den Klimawandel kommt es zu einer überraschenden weltweiten Gemeinsamkeit der Gefahr. Der in der Aufklärung entwickelte Kosmopolitismus kommt in Form der Maxime ‚Kooperiere oder scheitere!‘ als eine politische Vision durch die Hintertür zurück.“⁵⁵ Die Kooperation zwischen Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern ist gerade auch angesichts der Klimaveränderungen und des Energiehungers in den sich industrialisierenden Staaten geboten.

Ein besseres Leben, Arbeitsplätze und Armutsbekämpfung, nachhaltiges Wirtschaften erfordern Energie. Energien, die die Überlebensfähigkeit der Menschen auf unserem Planeten sichern. Lange vor der japanischen Tragödie etwa hat der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) unter Vorsitz des Direktors des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, begonnen, Beispielszenarien für eine weltweite Energieversorgung ohne Kohle, Öl und Uran zu erarbeiten.⁵⁶ Das am 7. April 2011 vom WBGU vorgestellte Gutachten mit dem Titel „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ integriert mehrere Einzelstudien zu einer optimistischen Gesamt-

⁵⁴ Gemeinsame Informationsstelle der Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn: UNO in Bonn - nachhaltige Entwicklung weltweit, Bonn 2009, S. 7 (www.unric.org/html/german/UN-in-Bonn.pdf - 4.5.11).

⁵⁵ Ein Gespräch mit dem Risikoforscher Ulrich Beck „Was folgt auf den ökologischen Sieg?“, in: F.A.Z. v. 26.4.2011, S. 27

⁵⁶ Hans Joachim Schellnhuber: Vorwärts zur Natur, in: F.A.S. vom 1.5.11, S. 28.

perspektive für das 21. Jahrhundert.⁵⁷ Insbesondere – so Schellnhuber – zeigt es auf, dass (bei mittelfristig moderaten Mehrkosten, langfristig aber deutlichen volkswirtschaftlichen Gewinnen) die nicht akzeptablen Risiken und Nebenwirkungen der herrschenden Betriebsweise beseitigt werden können. Das zukunftsfähige Energiesystem ist effizient-erneuerbar, setzt also auf die Nutzung der praktisch unerschöpflichen Gratisangebote der Natur. Seriöse Potentialanalysen belegen, wie Sonne, Mond und Erde unsere Zivilisation nachhaltig antreiben können: Die solare Kernfusion (Photovoltaik, Windkraft), die geologische Kernspaltung (Erdwärme), die biologische Photosynthese (Biomasse) und die lunare Gravitation (Tidenhub) bieten einen unbedenklichen klimaneutralen Energiemix, der unsere Zivilisation durch viele Jahrtausende tragen würde. Bis 2050 lässt sich mit kraftvollen Investitionen und hoher Ressourcenintelligenz die globale Energiewende abschließen. Gemäß WBGU-Szenario sinkt bis dahin der Weltenergieverbrauch geringfügig ohne Wohlstandseinbußen, und Erdgas – nicht Atomstrom – erfüllt die notwendige Brückenfunktion. Entwicklungspolitik sollte insbesondere darauf zielen, dass die 2,5 bis 3 Mrd. Menschen, die heute in Energiearmut leben, Zugang zu nachhaltigen Energien bekommen.

Laut Millenniumserklärung sollen sechs Grundwerte die internationalen Beziehungen im 21. Jh. prägen: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur und gemeinsam getragene Verantwortung. Diesen Werten gilt es, global zum Durchbruch zu verhelfen. Mögen wir alle dazu einen Beitrag leisten.

Auch Werte – wie Frieden und Demokratie, Menschenwürde und Menschenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit (Herrschaft des Rechts) – sind universell und als solche anerkannt: von Deutschland, der EU,⁵⁸ dem Europarat und seinen 47 Mitgliedstaaten und auch der UNO. Werte sind Leitplanken und regulative Leitideen für politisches Denken und Handeln; sie helfen, auf dem Weg zu bleiben, und bieten wie Leuchttürme Orientierung für gutes Navigieren.

Als pragmatischer Visionär weiß ich, dass zwischen ethischen, moralischen Ansprüchen und praktischer Politik oft ein großer Pfad klafft, weil (i) in den menschlichen Adern Teufels- und

⁵⁷ Eine Zusammenfassung der Studie ist abrufbar unter www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf (1.5.11).

⁵⁸ Vgl. den Lissabon-Vertrag (EU-Vertrag Art. 2): „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“ Art. 3 Abs. 1: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

Engelsblut fließt (deshalb brauchen wir auf der politischen Ebene Verfassungen, Gesetze, Regeln, eine aufmerksame, sich einmischende Bürgergesellschaft, die Grenzen setzen und Fehlverhalten sanktionieren) und weil (ii) letztlich „Interessen“ vorherrschen.

Besonders Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Organisationen fällt es oft schwer, Eigeninteressen, die sich auf das Wohlergehen des eigenen Landes beziehen, für das entwicklungspolitische Engagement zu benennen. Man engagiert sich, um anderen zu helfen – aus humanitären, christlichen und solidarischen Motiven oder weil man für die EINE Welt etwas tun will. Gut so und dies mag verständlich sein. Aber auf die staatliche Ebene bezogen, unterliegt jede Politik – auch die Entwicklungspolitik – dem grundgesetzlichen Auftrag, deutschen Interessen zu dienen und den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren. Klassische, oft „realistisch“ genannte Außenpolitik verfolgt primär die Eigeninteressen eines Landes. Zu ihnen gehören vorrangig die Maximierung der nationalen Sicherheit, Wohlstand und das Streben nach Macht und Einfluss im Sinne einer Sicherung „nationaler“ Interessen. Die bundesdeutsche Außenpolitik zwang zu Zeiten des Kalten Krieges die Entwicklungspolitik in die Zwangsjacke des deutschen Alleinvertretungsanspruchs (wegen der sog. Hallstein-Doktrin⁵⁹); so wurde Tansania mit dem Entzug der Entwicklungshilfe bestraft, als es die DDR staatlich anerkannte. Der Außenwirtschaftspolitik der export- und rohstoffabhängigen Bundesrepublik ging und geht es vor allem um einen offenen Welthandel, die Ausweitung von Exporten, um Investitionen und um sicheren und preiswerten Bezug von Rohstoffen. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Bankrott kommunistischer Entwicklungsstrategien hatte sich in den westlichen Industrieländern die alte „raison d’être“ der Entwicklungshilfe als Mittel zur Eindämmung des Kommunismus verflüchtigt. Auf jeden Fall schien eine neue, freiere, auf genuin entwicklungspolitische Ziele ausgerichtete Politik möglich. In diese Richtung weisen auch die entwicklungspolitischen Kriterien. Sie belegen die Absicht der Bundesregierung eine an Werten orientierte Entwicklungspolitik zu betreiben. Aber gegenläufige Tendenzen innerhalb der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages werden immer wieder deutlich.

Worin liegt die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit? Sie kann – richtig und noch wirksamer als bisher eingesetzt – Notsituationen entschärfen helfen und sinnvolle Beiträge

⁵⁹ Die 1955 aufgestellte und nach Walter Hallstein (CDU – Staatssekretär im Auswärtigen Amt) benannte Doktrin besagte, dass die Bundesrepublik Deutschland als einzige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches allein berechtigt sei, diplomatische Vertretungen im Ausland zu unterhalten (Alleinvertretungsanspruch). Die Doktrin prägte auch die bundesdeutsche Entwicklungspolitik zur Zeit des Kalten Krieges. So war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines Entwicklungslandes zur DDR i. d. R. mit dem Abbruch entwicklungspolitischer Beziehungen seitens der Bundesrepublik zu diesem Land verbunden. Bis 1973, der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen, war die Entwicklungspolitik mehr oder weniger an die politische Konditionalität der Hallstein-Doktrin gekoppelt. (U. Holtz: Entwicklungspolitisches Glossar (Stichwort „Hallstein-Doktrin), Bonn 2009, in: www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf - 3.5.11).

zur Erreichung der MEZ und der Millenniumserklärung leisten. Sie kann als Leichtgewicht im gesamten Entwicklungsprozess nur Anstoßwirkungen und Anreize für eine Verbesserung der Lage der Menschen in den Entwicklungsländern liefern, subsidiär und komplementär zu Eigenanstrengungen sein und als Katalysator für Problemlösungen dienen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

VII. Warum liegt die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Interesse Deutschlands und anderer Industrienationen?

Zur Dauererkenntnis der Entwicklungspolitik gehört: Es geht nicht so sehr um Eigeninteressen versus Interessen der anderen, sondern um einen fairen Interessensausgleich, bei dem möglichst beide Seiten gewinnen. Hier scheiden sich Partei- und Gruppeninteressen einer egoistischen Kurzstreckenpolitik von einer auch an den kommenden Generationen orientierten Langfristpolitik. Die langfristige Sicherung des Wohles des deutschen Volkes hängt auch von günstigen internationalen Rahmenbedingungen ab, zu denen ein Mindestmaß an Entwicklungschancen für den Süden, an sozialem Ausgleich und Schutz der Umwelt gehören. Es gilt, humanitäre Motive und universelle Werte mit wohlverstandenen langfristigen Eigeninteressen zu verbinden.

Vier Beispiele für die Versöhnung von Werten, Interessen und dem Wohlergehen in anderen Weltregionen und dafür, dass die Erreichung der MEZ auch im Interesse Deutschlands, der EU und anderer Industrieländer liegt, seien angeführt:

1. Sich für ein menschenwürdiges Leben, frei von Armut, Hunger und Massenarbeitslosigkeit in fernen Ländern einzusetzen liegt im Interesse Deutschlands, der EU und der anderen Industrienationen; denn „wer den Frieden sichern will, muss auch die Massenarmut bannen“ (W. Brandt); wer den Frieden sichern will – füge ich mit Immanuel Kant hinzu – tut gut daran, republikanische, demokratische Systeme in der Welt zu fördern.

2. Wer die Natur achten und ökologische Nachhaltigkeit sichern will, tut gut daran, dies nicht nur auf das eigene Land zu beziehen (gemäß GG-Art. 20a „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere ...“), sondern auch andere Erdteile mit einzuschließen. Wenn die tropischen Regenwälder zerstört werden, dann setzen diese grünen Lungen der Erde Metastasen an und bedrohen das Überleben der ganzen Menschheit. Wenn die negativen Auswirkungen des Klimawandels und bspw.

die zunehmende Bodenerosion nicht bekämpft werden, dann werden die Folgen zunehmender Armut in den ländlichen Gebieten zu Instabilitäten, zum Kampf um natürliche Ressourcen und zur Landflucht in den betroffenen Ländern führen – mit Auswirkungen auch auf die Wohlstandsinseln der Welt.

3. Wer Arbeitsplätze bei uns sichern will, sollte das Wohlergehen anderer Weltregionen nicht als Bedrohung sehen. Denn die Erfahrung lehrt: Je besser es anderen Staaten und Menschen geht, desto größer sind die Handels- und Arbeitsplatzgewinne für das Exportland Deutschland.

4. Wenn sich Deutschland, die EU und andere Industrieländer für die Stärkung schwacher, fragiler Staaten, für starke, rechtsstaatliche Institutionen, für Entwicklungsfortschritte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und menschlicher Sicherheit einsetzen, tragen sie dazu bei, den Organisationen des Terrors und Verbrechens den Nährboden zu entziehen.

Ein größeres Engagement ist nötig: Aus humanitären, solidarischen Gründen wie auch aus wohlverstandener Eigeninteresse an Frieden, Umwelt und Arbeitsplätzen. Was können wir konkret für die Umsetzung der MEZ tun? Die breite Palette der Möglichkeiten reicht vom Einsatz für und dem Kaufen von fair gehandelten Produkten und der Bewusstseinsmobilisierung in Schulen über das Mitmachen in Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Vereinen und Gewerkschaften, dem Druck auf die Politik und dem Engagement in demokratischen Parteien bis zum Einsatz für nachhaltige Lebens- und Produktionsweisen.

Wer Wohlergehen für uns im Norden will, muss bereit sein, zum Wohlergehen in anderen Weltregionen beizutragen. Eine Welt oder keine Welt. „Unsere Welt hat entweder eine gemeinsame Zukunft – oder keine.“⁶⁰

⁶⁰ U. Holtz: Andheri-Kalender 2010, Monatsblatt März.